

Zum Gedächtnisschwund bei den „politischen Eliten“ der BRD

Ein schwerer Fall von Amnesie

Nachdem sich die Bundesrepublik Deutschland 1949 als selbständiger Staat konstituiert hatte, wurde am 7. Oktober desselben Jahres die Deutsche Demokratische Republik aus der Taufe gehoben. Damals bereits nahm eine Reihe volksdemokratischer und sozialistischer Staaten diplomatische Beziehungen zu ihr auf. Dazu zählten zwei Großmächte: die UdSSR und China. 1966 beantragte die DDR ihre Aufnahme in die Vereinten Nationen – zunächst allerdings ohne Erfolg. Doch 1973 wurden beide deutsche Staaten als UNO-Vollmitglieder akzeptiert. Die DDR-Anerkennungswelle erhielt danach starken Auftrieb. 1987 hatte sie 133 Staaten erfaßt. Im Oktober 1975 fand in Helsinki die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) statt, an der beide deutsche Staaten gleichberechtigt teilnahmen. DDR-Staatsratsvorsitzender Erich Honecker und Bundeskanzler Helmut Schmidt saßen nebeneinander am Konferenztisch. Gemeinsam mit weiteren 32 Staats- und Regierungschefs unterzeichneten sie die Schlußakte von Helsinki.

Schon bei ihrer Gründung hatte die BRD einen anmaßenden Alleinvertretungsanspruch erhoben. Ihr Außenminister Hallstein sprach der DDR das Recht auf Gleichberechtigung in internationalen Angelegenheiten ab. Zugleich forcierte die BRD die gezielte Abwerbung von Fachkräften und betrieb einen skrupellosen Menschenhandel großen Stils, um die DDR personell auszubluten. Dieser Entwicklung mußte ein Ende gesetzt werden. In Übereinstimmung mit der UdSSR und den anderen Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages schloß sie am 13. August 1961 ihre Grenzen zu Westberlin. Die Maßnahmen wurden durch die Sowjetarmee und die Streitkräfte der DDR abgesichert. Die Westmächte erhoben keinen Einspruch, in Bonn schnaubte man vor ohnmächtiger Wut.

Die BRD geriet in eine schwierige Lage, war sie doch gezwungen, mit der DDR weiterhin zu verhandeln, da Westberlin auf deren Territorium lag.

Während die Hetze unvermindert anhält, fanden zugleich Gespräche statt. Die BRD war auf die Verkehrswege zur „Frontstadt Westberlin“, die sie als ihre „Exklave“ betrachtete, angewiesen. Zugleich mußten Regelungen für den Verkehr zwischen der Hauptstadt der DDR und Westberlin gefunden werden, bei denen es u. a. um die Lieferung von Elektroenergie und die Müllentsorgung ging. Nachdem sich die BRD-Führung mit der geschützten DDR-Grenze wohl

oder übel abgefunden hatte, war sie dazu bereit, zwischenstaatliche Regelungen für eine sich normalisierende Zusammenarbeit mit dem sozialistischen deutschen Staat zu suchen. So kam es 1973 zum Abschluß des Grundlagenvertrages, in dem beide Seiten entsprechende Prin-



Bei der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki: Erich Honecker, zwischen BRD-Kanzler Helmut Schmidt und USA-Präsident Gerald Ford, signiert das Dokument.

zipien vereinbarten. Er betraf Grenzfragen, Handelsbeziehungen, Verkehrswege und den wirtschaftlich-wissenschaftlichen Austausch. Auch Probleme in bezug auf Westberlin gehörten dazu.

Während man die diplomatische Anerkennung der DDR weiterhin verweigerte, wurde eine „Ersatzlösung“ gefunden: In Berlin und Bonn nahmen Ständige Vertretungen ihre Tätigkeit auf. Sie hatten auch Aufgaben diplomatischen Charakters zu erfüllen.

Bis zur Annexion der DDR durch die BRD im Oktober 1990 nahmen die Spitzen der Bonner Regierung die zwar unerwünschten, aber bestehenden Realitäten zähneknirschend hin. Sie verhandelten mit ihren DDR-Partnern, schlossen Verträge mit ihnen ab, arrangierten Staatsbesuche und knüpften Kontakte zu deren Repräsentanten.

Tatsächlich kam es zu einer Reihe sinnvoller Maßnahmen: In Berlin wurden zeitlich begrenzte Passierscheinabkommen vereinbart, DDR-Rentner durften ohne wesentliche Einschränkungen in die BRD reisen, Verwandtenbesuche im Westen wurden erleichtert, neue Handelskontakte geknüpft, die Verkehrswege durchlässiger gemacht. Nicht ohne Hintergedanken räumten BRD-Banken der DDR Milliarden-Kredite zu moderaten Bedingungen ein. Trotz aller Störversuche von westdeutscher Seite hatte sich die DDR zu einem Staat mit solider sozialer Absicherung, fehlender Arbeitslosigkeit, einem vorbildlichen Bildungssystem, umfassender Kinderbetreuung, hohem Kulturniveau

und erfolgreichem Sportbetrieb entwickelt. Die Kriminalität lag weit unter der im Westen.

Wie andere entwickelte Industriestaaten verfügte auch die DDR über einen Geheimdienst – die Organe des Ministeriums für Staatssicherheit. Sie schuf

sich in Gestalt der Nationalen Volksarmee eigene Streitkräfte, nachdem sich in der BRD die Bundeswehr unter Führung schwer belasteter Nazigeneräle längst etabliert hatte. Im krassen Gegensatz dazu kamen die ersten Kommandeure der NVA überwiegend aus den Reihen bewährter Antifaschisten.

Der erfolgreiche und kontinuierliche Aufstieg der DDR wurde durch die BRD-Führung gelehnet. Sozialistische Produktionsverhältnisse entsprachen nicht dem Geschmack des deutschen Kapitals, zumal die BRD auf sozial entscheidenden Gebieten ins Hintertreffen geriet.

Besonders schmerzte die Bonner Politiker auch die üppige „Medaillenausbeute“ von DDR-Sportlern, die stets deutlich über den Ergebnissen ihrer Konkurrenten aus der BRD lag. Deshalb verbreiteten die Medien im Westen die Mär, die DDR-Sportler seien samt und sonders gedopt worden.

Natürlich gab es in der DDR wie überall auf der Welt auch Defizitäres, Kritikwürdiges und Mißlungenes. So entsprach z. B. ihr Wahlmodus nicht allen Kriterien sozialistischer Demokratie. Bedauerlicherweise gelang es nur unzureichend, ein stabiles Eigentümerbewußtsein im Verhältnis zum Volkseigentum zu entwickeln. Private Reisen ins kapitalistische Ausland waren vor allem wegen Valuta-Mangels stark eingeschränkt.

Doch kehren wir zur „großen Politik“ zurück. Parteiführer aller Richtungen und ganze Armeen von Wirtschaftsbossen besuchten die DDR schon sehr bald, ohne von der fehlenden diplomatischen Anerkennung durch die BRD Notiz zu nehmen. Zu den Staatsgästen gehörten die ehemaligen Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt, die Ministerpräsidenten der Länder Lothar Späth, Oskar Lafontaine, Franz-Joseph Strauß, Johannes Rau und Henning Voscherau. Weitere Besucher waren Hans-Dietrich Genscher, Hans-Joachim Vogel, Klaus von Dohnany und Wolfgang Mischnik. Fast alle trafen mit führenden Repräsentanten der DDR zusammen.

Auch hochrangige Politiker und Wirtschaftsleiter der DDR reisten in großer Zahl zu Partnern im Westen. Höhepunkt solcher Visiten war der offizielle Besuch des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker

in der BRD. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte bereits wiederholt Einladungen ausgesprochen, die jedoch nicht angenommen wurden, weil die sowjetischen Verbündeten von Erich Honecker erwarteten, daß er diese ausschlagen werde. So konnte der offizielle Staatsbesuch erst im September 1987 stattfinden. Der hohe Gast aus der DDR wurde mit allen diplomatischen und militärischen Ehren empfangen. Die Fahne mit Hammer, Zirkel und Ährenkranz stieg am Mast empor, während die Nationalhymne der DDR intoniert wurde. Dieser Empfang kam einer Anerkennung der DDR gleich, was indes nur für die Dauer des Aufenthalts der Delegation in der BRD galt. Danach suchte die westliche Seite ihre offenkundige Demütigung schnell wieder vergessen zu machen. Übrigens hatte Bundespräsident Richard von Weizsäcker zu Ehren Honeckers einen Empfang gegeben. In der Kruppischen Villa Hügel in Essen traf dieser mit Spitzenvertretern der am „Ostgeschäft“ interessierten BRD-Wirtschaftskreise zusammen.

In der Folgezeit vollzogen sich dramatische Entwicklungen mit innen- wie außenpolitischem Hintergrund. Wachsende Teile der DDR-Bevölkerung gerieten – nicht zuletzt unter massivem Einfluß der Medien der BRD – in Konflikt mit der Politik der SED und des Staates. Während nicht wenige in den Westen ausreisen wollten, forderte ein signifikanter Teil der Unzufriedenen eine „bessere DDR“. In dieser Situation blieben zu spät eingeleitete Maßnahmen der SED und der Regierung ohne die erhoffte Wirkung. Sicher spielte auch die faktische Führungslosigkeit im brisanten Sommer 1989 bei all dem eine Rolle. Die verhängnisvolle Entwicklung im sozialistischen deutschen Staat hing auf das engste mit Veränderungen zusammen, die sich in der Sowjetunion vollzogen. Sie betrafen alle Staaten des Warschauer Vertrages und des RGW. Ohne sich mit den Verbündeten zu konsultieren, erklärte Gorbatschow verblüffenderweise, jedes bisherige Bruderland solle fortan Politik auf eigene Faust betreiben. Bald darauf wandte er sich den NATO-Staaten – vor allem der BRD – zu und verhökerte die DDR eiskalt an Bonn. Die DDR-Führung wurde der Entwicklung im eigenen Lande nicht mehr Herr. Zu den Problemen, die ihr über den Kopf wuchsen, zählten eine rasch ansteigende Ausreisewelle und die plötzliche Zunahme vom Westen angestachelter oppositioneller Gruppierungen.

Als im Oktober 1989 ein Kurswechsel eingeleitet werden sollte, um die DDR zu retten, war es bereits zu spät. In einer vorgezogenen letzten Volkskammerwahl am 18. März 1990 unterlag die aus der SED

hervorgegangene PDS und damit auch die von ihr geleitete Modrow-Regierung. Das für sie negative Resultat war durch Parteien, Personen und Medien der BRD unter persönlicher Beteiligung Kohls systematisch vorbereitet worden. Die ans Ruder gelangte Regierung Lothar de Maizières



Protokollgerechter Empfang eines Staatschefs: Erich Honecker wird von Bundeskanzler Helmut Kohl in Bonn mit militärischen Ehren unter Abspielen der DDR-Hymne begrüßt.

(CDU) konnte keinen selbstbestimmten Kurs mehr verfolgen. Im Juni 1990 erhielten die Bürger der „Noch-DDR“ dann die D-Mark, womit die Stimmung endgültig umschlug und jede Hoffnung auf Bewahrung eines eigenständigen ostdeutschen Staates dahinschmolz. Als bald darauf die Eingliederung der DDR in die BRD erfolgte, fielen die letzten Schranken. Jede Moral war wie weggeblasen. Die DDR wurde von den Siegern zum Unrechtsstaat erklärt. Erich Honecker und andere Repräsentanten von Partei und Staat, die Mitarbeiter des MfS, Angehörige der Grenztruppen und Volkspolizisten wurden von der BRD-Rachejustiz kriminalisiert und strafrechtlich verfolgt. Der DDR-Bevölkerung gaukelte man ein Paradies vor. Überall werde es „blühende Landschaften“ geben, wurde behauptet, als ob im Osten zuvor nur Öde und Wildnis geherrscht hätten. Die DDR-Betriebe, hieß es, würden modernisiert und in die BRD-Wirtschaft eingegliedert. Wenig später verhökerte sie die Treuhand für einen Appel und ein Ei. Ganze Belegschaften verloren über Nacht ihre Arbeitsplätze und wurden in das Millionenheer der Erwerbslosen der BRD hinabgestoßen. Jeder könne nun reisen, wohin er wolle, die ganze Welt stünde ihm offen, gab Kohl von sich. Auch mit Arbeitslosengeld?

Bald brach die Lügenflut alle Dämme. So behauptete Niedersachsens früherer Justizminister Pfeiffer, die nun auch im Osten eskalierende Kriminalität sei auf Zwangsmethoden in der

DDR-Vorschulerziehung zurückzuführen. So sei auch das gemeinsame Topf-Sitzen in den Kinderkrippen schuld gewesen. Und jene, welche dann im Eiltempo die Zweiklassenmedizin einführten, attackierten das staatlich organisierte System der Gesundheitsfürsorge als „niveaulos“. Den Kolporteurs solcher Wahrheitsentstellung geht die Verteufelung der DDR buchstäblich über alles. Leider beteiligen sich an diesem schmutzigen Spiel auch manche ihrer ehemaligen Bürger, die sich durch Anbiederung interessant machen wollen. Ein Beispiel dafür liefert die einstige „Bürgerrechtlerin“ Freya Klier, die in der DDR ihr Abitur abgelegt und anschließend ein Hochschuldiplom erworben hatte. Die wegen zur Schau gestellter Staatsfeindlichkeit nach Westberlin ausgebürgerte Regisseurin dichtete der DDR in einem Zeitungsartikel „Nationalismus, Militarismus, Ausländerfeindlichkeit und Judenhaß“ an. Übler geht's nimmer, war doch die gesamte Politik des sozialistischen deutschen Staates durch Antifaschismus, internationale Solidarität und Kampf gegen jede Form von Rassismus geprägt. Erinnert sei nur an Vietnamesen und Moçambiquaner, die in der DDR eine solide Ausbildung erfuhren und gute Arbeit leisteten,

sowie an die herzliche Aufnahme von Griechen und Chilenen, die aus ihren Heimatländern wegen drakonischer Verfolgung fliehen müssen und in der DDR Asylrecht erhielten.

Besondere Höhepunkte der Hetze und Verleumdung sind stets gewisse „Gedenktage“, so der zum Arbeiteraufstand hochstilisierte Protest gegen die Erhöhung von Normen am 17. Juni, der 13. August, an dem die „Mauer“ errichtet wurde, und der 9. November als Datum der „glücklichen Wiedervereinigung“. Aus solchen Anlässen finden alljährlich dubiose Veranstaltungen statt. Entsprechende „Gedenkstätten“ sind bereits Legion. Dabei scheut man nicht einmal davor zurück, Schüler in einstige Haftanstalten zu führen, um sie dort über angebliche Greuelthaten ihrer Vorfahren „aufzuklären“!

Unter den Verleumdern fehlt es nicht an Schreibtischtätern in Parlamenten, „Opferverbänden“, angeblichen Bildungseinrichtungen und willigen Medien. Den teuflischen Verteuflern muß Paroli geboten werden!

Prof. Dr. sc. Erich Dreyer, Dresden

Unser Autor – er war u. a. Direktor für Arbeit, Löhne und Soziales im Kombinat Robotron und seit 1986 Professor für Arbeitswissenschaften an der TU Dresden – beging schon am 6. Juli seinen 85. Geburtstag. Wenn auch nachträglich, so ist unser Glückwunsch nicht weniger herzlich.

Friedrich Dickel zu Gorbatschows Innenminister Bagatin: „So beseitigen Sie den Sozialismus!“

Am 9. Dezember vor 100 Jahren wurde der Arbeitersohn Friedrich Dickel in Wuppertal geboren. In der deutschen Geschichte gab es keinen Minister seines Ressorts, der so lange im Amt gewesen wäre wie er. Der Minister des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei der DDR stand vom 14. November 1963 bis zum 7. November 1989 auf seinem Posten. Welcher Erfahrungen, Charaktereigenschaften und Fähigkeiten bedarf es, über einen solchen Zeitraum eine derart umfangreiche und politisch brisante Aufgabe wahrzunehmen? Eine Antwort erfährt man durch einen Blick auf Friedrich Dickels bewegte Biographie. Auch persönliche Eindrücke und Erinnerungen sind da von Wert.

Im Frühjahr 1963 begegnete ich dem Minister zum ersten Mal persönlich. Er hatte die Leiter sämtlicher Strafvollzugsanstalten, deren Stellvertreter für politische Arbeit und die Parteisekretäre dieser Einrichtungen zu einer Dienstberatung nach Berlin geladen. Da unser Parteisekretär verhindert war, konnte ich als sein Stellvertreter in der SED-Grundorganisation des Jugendhauses Dessau daran teilnehmen. Die Leitung der Sitzung lag in den Händen von Oberst K. Er stand damals an der Spitze der Verwaltung Strafvollzug. K. gab zu Beginn eine Einschätzung der politischen Lage und der Situation in unserem Bereich. Die war nicht rosig. Es hagelte Kritik wegen etlicher Fälle des Entweichens Inhaftierter, einer hohen Rückfallquote und ungenügender Ergebnisse bei der Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für Strafgefangene. An allem waren die jeweiligen Leiter schuld. Sie wurden persönlich benannt und mußten nach militärischer Ordnung vor versammelter Mannschaft aufstehen. Auch die Stellvertreter für politische Arbeit bekamen ihr Fett weg, und wir Parteisekretäre wurden wegen unkritischer Atmosphäre in den Grundorganisationen gerügt. Plötzlich ging die Tür auf und ein General betrat den Raum. Oberst K. unterbrach seinen Bericht mit „Achtung Genossen Offiziere!“ und erstattete Meldung. Erst jetzt war mir klar, daß es sich bei dem Generalleutnant um den Minister handelte. Dickel ließ die Beratung fortsetzen, begab sich auf den für ihn reservierten Stuhl im Präsidium und hörte zu. Auf einmal stand er auf, ging ans Rednerpult und deutete dem verdutzten Oberst K. an, er solle Platz nehmen. Friedrich Dickel begann, die Lage aus seiner Sicht darzustellen. Die Einschätzung war noch kritischer, doch die Schuld gab der Minister nicht den Leitern der Dienststellen und uns Parteifunktionären, sondern dem Ministerium des Innern und vor allem der Verwaltung Strafvollzug. Sie hätten versäumt, rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen einzuleiten. Oberst K.

wurde so oft vom Minister namentlich genannt, daß er sich nicht hinzusetzen wagte. Er blieb die ganze Zeit stehen. Als junger Unterleutnant dachte ich bei mir: In diesem Ministerium und unter einem so strengen Chef möchtest du nie im Leben arbeiten.



Der Spanienkämpfer Friedrich Dickel war der dienstälteste Minister der DDR.

13 Jahre später war Genosse Dickel – nun bereits Generaloberst – mein unmittelbarer Vorgesetzter. Gerade einmal 38 Jahre alt, leitete ich das Sekretariat des Ministers, hinter dem damals schon 63 Lebensjahre lagen.

Jetzt bot sich Gelegenheit, den Menschen Friedrich Dickel näher kennenzulernen. Wenn Aufgaben nicht erfüllt wurden oder sich die verantwortlichen Vorgesetzten herausreden wollten, konnte er recht kritisch werden. Als Choleriker wurde er dann sehr laut und direkt, hatte sich aber immer in der Gewalt. Mir gegenüber verhielt er sich als ein geduldiger Lehrer, merkte er doch schon zu Beginn, daß er mir mit der Dienststellung eine schwere Bürde auferlegt hatte.

Über seine persönlichen Erfahrungen im Kampf gegen den Faschismus, ob als Spanienkämpfer oder sowjetischer Kundschafter, sprach er kaum. Er verwies niemals auf seine antifaschistische Vergangenheit, um sich persönlich in den Vordergrund zu spielen. Seine Erfahrungen aufzuschreiben, lehnte er ab. Selbst als sich eine vertrauenswürdige junge Journalistin diesem Thema zuwenden wollte, blieb es bei einem einzigen Kontaktgespräch. Wir bedauerten das, besitzt doch niemand ein in sich geschlossenes Bild

des Kommunisten F. D. Bisherigen Veröffentlichungen von Generälen des MdI entnimmt man nur Mosaiksteine. Angaben im Internet widersprechen sich zum Teil. Auch ich kann nur einige Erkenntnisse beisteuern, die zu einem exakteren Eindruck führen können.

Seine Vergangenheit erwähnte der Minister bisweilen mit seinen Amtskollegen aus sozialistischen Ländern oder auch mit Spanienkämpfern. Über Volkspolizisten, die früher in den Internationalen Brigaden gegen die Franco-Faschisten und deren deutsche Helfershelfer gekämpft hatten, hielt Dickel immer seine kameradschaftlich-schützende Hand. Jährlich gab er für sie im MdI einen Empfang.

Später, als ich einer seiner Stellvertreter war, schilderte er mir die Haftbedingungen in der Weimarer Republik und im kaiserlich-faschistischen Nippon. Er mußte Folter und Erniedrigung in japanischen Gefängnissen erdulden. Da war es kein Wunder, sondern eher logische Konsequenz seines Lebens und seiner klassenmäßigen Prägung, daß er als auch für den Strafvollzug in der DDR verantwortlicher Innenminister auf strikte Einhaltung der Gesetzlichkeit und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Gefangenen drang. Unter ihm war unsere Flanke nie das fünfte Rad am Wagen. Immer, wenn sich im Ringen um zusätzliche Planstellen, Investitionen oder Finanzmittel die Mühlen des Ministeriums festgefahren hatten und die Gefahr bestand, daß der Strafvollzug zugunsten der Volkspolizei hintergestellt werden könnte, sprach Genosse Dickel ein Machtwort. Durch seine Einflußnahme kam in den 70er Jahren ein Programm zum Neubau moderner Haftanstalten für weibliche Insassen und junge Strafgefangene zustande, das in Wriezen, Halle/Saale, Hohenleuben und Berlin-Grünau in die Tat umgesetzt wurde. Kenntnisse in Menschenführung, militärisches Wissen und Erfahrungen erwarb Friedrich Dickel als Kompanieführer bei den Interbrigaden, als sowjetischer Kundschafter in Europa und Asien, als Stellvertretender Minister für Nationale Verteidigung und beim Studium an der Akademie des sowjetischen Generalstabs. Nach Ernennung zum Innenminister der DDR machte er aus dem MdI und der Deutschen Volkspolizei straff geführte Organe der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Die einzelnen Dienstzweige der DVP entwickelten sich zu effektiv arbeitenden polizeilichen Fachbereichen. Genosse Dickel gehörte nicht zum innersten Führungskern der SED, dem Politbüro. Anders als seine Amtskollegen aus NVA und MfS konnte er seine Vorstellungen dem Generalsekretär nicht direkt vortragen. Sein Gesprächspartner war Egon Krenz, zu dem er ein offenes Verhältnis

hatte. Die Gefahr für den Sozialismus erkannte er zeitiger als die Parteiführung, was ich bei Telefonaten mit Erich Mielke und dem neuen sowjetischen Innenminister um die Jahresmitte 1989 wahrnahm. Gorbatschows Kabinettsmitglied Bagatin kam mit seiner Frau zu einem Urlaubsaufenthalt in die DDR. Das Programm dafür war mit dem Innenministerium der UdSSR abgestimmt. Ich erhielt von Minister Dickel den Auftrag, mich um seinen Gast zu kümmern. Der Besuch sollte auf Wunsch der sowjetischen Seite der Erholung dienen. Öffentlichkeitswirksame Maßnahmen waren nicht vorgesehen.

Beim ersten Gespräch zum Verlauf seines Aufenthalts erklärte uns Bagatin, daß unter den bestehenden Umständen ein Minister einfach keinen Urlaub machen könne. Er bat um die Möglichkeit, Dienststellen der Volkspolizei und des Strafvollzugs zu besichtigen sowie um einen Erfahrungsaustausch mit Minister Dickel. All das ließ sich unschwer in die Wege leiten. Wie bei Besuchen von Innenministern protokollarisch vorgesehen, holte ich Bagatin im Gästehaus ab und begleitete ihn zum Arbeitsgespräch mit Dickel ins Mdi. Uns lotste ein Funkstreifenwagen mit Blaulicht. Mitten auf dem Adlergestell ließ Bagatin anhalten, was die zu seiner Sicherheit eingesetzten Personenschützer in Alarm versetzte. Er stieg aus, ging zum Funkstreifenwagen und schickte die Besatzung nach Hause. Die Genossen dachten, sie hätten sich verhört und rührten sich nicht vom Fleck. Dann klärte mich der Minister auf, daß eine derartige Begleitung „in Zeiten der Perestroika nicht mehr angebracht“ sei. Da der Gast König ist, entsprach ich seinem Wunsch. Nach einem einwöchigen Aufenthalt in der DDR-Hauptstadt verbrachte das Ehepaar Bagatin noch zehn Tage in einem Gästehaus im Harz. Als es wieder in Berlin war, besuchte Minister Dickel eines Abends mit Bagatin das Café auf dem Fernsehturm am Alexanderplatz. Aus dieser Perspektive waren der Grenzverlauf und die Mauer sehr deutlich zu erkennen. Bagatin äußerte sein Unverständnis über die Mauer und meinte, man könne doch eine historisch gewachsene Stadt nicht dauerhaft auf solche Weise trennen. Minister Dickel widersprach mit allen verfügbaren Argumenten. Ich glaubte meinen Ohren nicht zu trauen. Bisher hatten uns sowjetische Politiker gerade wegen der Mauer stets als Vorposten des sozialistischen Weltsystems in Europa Anerkennung gezollt. Das konnte wohl kaum Bagatins persönliche Meinung sein, zählte er doch zu den neuen Köpfen in Moskau, die Gorbatschow selbst ausgesucht hatte.

Wollte er uns etwa den Eindruck vermitteln, daß man die DDR aufzugeben bereit sei? Ich verwarf den Gedanken blitzschnell und dachte an den Blutzoll der Roten Armee und der Sowjetbürger bei der Befreiung Deutschlands. Niemals werde



Fritz Cremers Spanienkämpfer-Denkmal im Berliner Volkspark Friedrichshain ist Interbrigadisten wie Friedrich Dickel gewidmet.

die UdSSR unser Land dem alleinigen Einfluß des Westens überlassen, dachte ich. Bei mehreren Arbeitsgesprächen beider Minister wurden Gedanken und Erfahrungen zur Erhöhung der Wirksamkeit polizeilicher Arbeit ausgetauscht. Natürlich machte man in einem solchen Zusam-



Friedrich Dickel im Arbeitsgespräch mit Gorbatschows Innenminister Bagatin (Bildmitte)

menhang um die aktuelle Lage in beiden Ländern keinen Bogen. Als die Frage der eingeschränkten Reisefreiheit berührt wurde, erklärte Dickel seinem Gast, daß dies vor allem mit mangelnden Devisen zur Ausstattung der DDR-Bürger und der Nichtanerkennung unserer Staatsbürgerschaft durch die Bundesrepublik zusammenhänge. Dickel nannte konkret die fehlende Summe von einer Milliarde Valuta-Mark. Selbst wenn dieser Betrag aufgebracht würde, stelle sich die Frage, wie bei Angehörigen der Volkspolizei zu

verfahren sei. Schließlich wollten auch sie von Reisemöglichkeiten Gebrauch machen. Nun unterbreitete Bagatin unserem Minister einen verblüffenden Vorschlag. Er befürwortete einen verstärkten Urlauberaustausch zwischen beiden Ministerien und den Bau von Feriensiedlungen für Volkspolizisten in der Sowjetunion. Ich erinnerte mich des Mauer-Gesprächs auf dem Fernsehturm und fühlte mich darin bestärkt, daß die DDR im Kampf um das europäische Haus – die Lieblingsidee Gorbatschows – nicht geopfert werde.

Im Rahmen dieser Arbeitsgespräche gab es dann einen heftigen Meinungsstreit über die Perestroika. Je mehr Bagatin diese verherrlichte, um so konsequenter wurden die Gegenargumente Dickels. Es war streckenweise geradezu peinlich mitzuerleben, wie unser Minister dem jüngeren Amtskollegen aus Moskau elementare Begriffe des Marxismus erklären mußte. Als Bagatin dann den Standpunkt vertrat, die Parteiarbeit der KPdSU müsse fortan mehr in die Wohngebiete verlagert

werden, nicht aber dort stattfinden, wo die Menschen arbeiteten, konnte sich der Kommunist Friedrich Dickel kaum noch beherrschen. Als Bagatin ins Schwärmen darüber geriet, unter den Bedingungen der Perestroika könne jeder schreiben und propagieren, was er wolle, fiel Dickels Satz: „So beseitigen Sie den Sozialismus, Genosse Minister!“

Wir, die wir dem Gespräch beiwohnten, waren regelrecht schockiert. So hatte Dickel noch nie mit einem sowjetischen Innenminister gesprochen. Doch der erfahrene Klassenkämpfer sollte mit seiner Voraussage, daß Gorbatschows Kurs den Sozialismus zerstören werde, recht behalten.

Nach dem Rücktritt der Regierung Willi Stoph konnte Genosse Dickel das Ministerium erhobenen Hauptes verlassen. Seinem Nachfolger Ahrend redete er nicht ins Geschäft. Den Anfeindungen gegen die Ordnungseinsätze der Berliner Volkspolizei am 7. Oktober 1989 bot er die Stirn.

Auffallend war, daß sich die konterrevolutionären Sieger gegenüber Friedrich Dickel zurückhielten. Mit Gesten zu seinen Gunsten seitens der bereits desertierten Moskauer Führung, die jeden Gedanken an den Sozialismus längst über Bord geworfen hatte, konnte er gewiß nicht rechnen. Der Solidarität von Interbrigadisten sowie der ehemaligen Kundschafter der UdSSR und ihrer Führungsoffiziere war er indes gewiß.

Armeegeneral Friedrich Dickel starb am 23. Oktober 1993 in Berlin-Grünau.

Generalmajor a.D. Dieter Winderlich, letzter Chef der Deutschen Volkspolizei